

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. Dezember 2023

1. Erfolgreicher Abschluss der Unternehmerinnen-Vorbilderaktion

Gestern, am 14. Dezember 2023, endete die Vorbilderaktion, die von der Initiative „FRAUEN unternehmen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Kontext des Aktionsplans „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ des BMWK durchgeführt wurde und zu der der BFB mit Porträts freiberuflicher Gründerinnen beigetragen hat. Vom 13. November bis 14. Dezember 2023 wurden täglich Unternehmerinnen aus unterschiedlichsten Bereichen und Branchen auf Social Media vorgestellt. Aus den Reihen der Freien Berufe wurden in den vergangenen vier Wochen insgesamt zwölf Porträts, von Restauratorin Salome Hohlfeld und Steuerberaterin Monika Heumann sowie Rechtsanwältin Mareike Drygala, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Ernährungsmedizinerin Dr. Antonia Stahl und der Psychologischen Psychotherapeutin Rammiya Gottschalk, Tierärztin Dr. Maren Püschel, Bauingenieurin Katharina Häuser und den Zahnärztinnen Dr. Kathleen Menzel und Dr. Vesna Jelic, von Business Coach und Change-Beraterin Ines Thomas sowie der freischaffenden Ing. Architektin Julia Caroline Huckenbeck und der Gründerin von Jovity Solutions und Corporate Social Responsibility Managerin Johanna Tybussek veröffentlicht.

Die Aktion fand auf folgenden Social-Media-Kanälen statt, wo die Posts weiterhin eingesehen werden können.

Instagram: <http://www.instagram.com/initiativefrauenunternehmen/>

Facebook: <http://www.facebook.com/InitiativeFRAUENunternehmen/>

LinkedIn: <http://www.linkedin.com/company/frauenunternehmen/>

Der BFB teilte die Beiträge ebenfalls auf seinen Social-Media-Kanälen [X](#) und [LinkedIn](#).

2. Freie Berufe überschreiten Sechs-Millionen-Marke bei Erwerbstätigkeit

Das geht aus der jüngsten [Freiberufler-Statistik](#) hervor. Bei den selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern arbeiten immer mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Nunmehr sind es rund 4,2 Millionen und es arbeitet rund jede, jeder Achte bei einer Freiberuflerin, einem Freiberufler. Die Zahl der selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler betrug zum Jahresbeginn 2023 rund 1,47 Millionen. Damit bleibt der Wert gegenüber dem Vorjahr stabil. Das [Handelsblatt](#) berichtete am 11. Dezember 2023 vorab exklusiv. Zitiert wird auch BFB-Präsident Friedemann Schmidt: „Für eine Kultur der Selbstständigkeit ist entscheidend, für eine größere gesellschaftliche Wertschätzung des Unternehmertums auch in Freien Berufen zu sorgen.“

3. Unternehmensstruktur in der EU

2022 gab es in der Europäischen Union (EU) 32 Millionen Unternehmen, die 160 Millionen Menschen beschäftigten und einen Nettoumsatz von 38 Billionen Euro erwirtschafteten. Die überwiegende Mehrheit, 99 Prozent (31,7 Millionen Unternehmen), waren Kleinst- und Kleinunternehmen mit jeweils bis zu 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zusammengefasst beschäftigten Kleinst- und Kleinunternehmen fast die Hälfte aller in Unternehmen beschäftigten Personen (49 Prozent, 78,8 Millionen Menschen). Sie erwirtschafteten einen Nettoumsatz von 12,2 Billionen Euro, was 32 Prozent des gesamten Nettoumsatzes entspricht. Mittlere Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) machten einen kleinen Anteil der Gesamtzahl der Unternehmen aus (0,8 Prozent, 247.000 Unternehmen) und beschäftigten 15 Prozent der Bevölkerung (24,6 Millionen Menschen). Diese Unternehmen erwirtschafteten rund ein Fünftel des Nettoumsatzes (6,8 Billionen Euro, 18 Prozent). Obwohl große Unternehmen (mehr als 249 Beschäftigte) nur 0,2 Prozent der Gesamtzahl der Unternehmen (53.000 Unternehmen) ausmachten, beschäftigten sie mehr als ein Drittel der

Arbeitskräfte (56,5 Millionen Menschen, 35 Prozent) und erwirtschafteten die Hälfte des Nettoumsatzes (19,2 Billionen Euro). Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 12. Dezember 2023 mit.

4. Corona-Hilfen bewertet

Die meisten Corona-Hilfsprogramme des Staates haben nach einer am 12. Dezember 2023 [veröffentlichten](#) Bewertung des ifo Instituts ihr Ziel erreicht und waren gut begründet. Dies ist das Ergebnis einer umfassenden Analyse der Inanspruchnahme der verschiedenen Programme. Vor allem die Liquiditätshilfen für Unternehmen mit Geschäftsverboten und die erweiterten Kurzarbeiterregeln waren laut ifo angemessen. Denn sie kamen rechtzeitig, waren zielgerichtet und zeitlich befristet. Einzelne Maßnahmen wie die zeitweilige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes oder die Vergabe von Krediten an ohnehin schon geschwächte Unternehmen betrachtet das ifo Institut im Nachhinein kritisch, da diese sich gezielt an Firmen richteten, die durch Corona Probleme hatten.

5. BIBB veröffentlicht die Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) [veröffentlichte](#) am 13. Dezember 2023 die Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Bundesweit wurden 489.200 neue duale Ausbildungsverträge abgeschlossen, ein Plus von drei Prozent zum Vorjahr. Bei den Freien Berufen gab es einen Rückgang von 2,2 Prozent zum Vorjahr. Im Vergleich zur jüngst veröffentlichten BFB-Ausbildungsstatistik ergibt sich somit ein Bereinigungseffekt von 0,6 Prozent. Zudem nahmen auch die Schwierigkeiten weiter zu, das Ausbildungsangebot der Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen. Sowohl der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen als auch der Anteil der erfolglos suchenden Ausbildungsplatzsuchenden stieg im Vergleich zum Vorjahr. Bundesweit blieben 2023 rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt. Das sind 13,4 Prozent des gesamten betrieblichen Angebots – ein neuer Höchstwert. Die BIBB-Statistik weist bei den Freien Berufen einen Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen – gemessen am Ausbildungsplatzangebot – von 11,3 Prozent auf.

6. Gutachten der ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK veröffentlicht

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) [veröffentlichte](#) Ende vergangener Woche ihr Gutachten „Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht“. Wichtige Erkenntnisse sind, dass die Studienanfängerzahl beim Lehramtsstudium stabil ist, aber weitere Gruppen zu gewinnen wären. Die Studierbarkeit von Lehramt sollte erleichtert werden, beispielsweise in Teilzeit, zudem sollten Studium und Referendariat besser verzahnt werden. Überdies soll die Qualifizierung berufsbezogen gestaltet werden: Studierende müssen notwendige Kompetenzen erwerben: Umgang mit Heterogenität, digitale Medien; Professionsbezug im Fach ausbauen, Module im Studium von der Praxis her denken; Inhalte zwischen erster und zweiter Phase besser abstimmen, Referendariat nur zwölf Monate mit Einbindung in erste Phase. Zudem übernimmt ab dem 1. Januar 2024 das Saarland die KMK-Präsidentschaft, da Christine Streichert-Clivot (SPD), saarländische Ministerin für Bildung und Kultur, während der 384. Sitzung der KMK zur Präsidentin der KMK für das Jahr 2024 gewählt wurde.

7. Mentoring hilft benachteiligten Jugendlichen beim Berufsstart

Die Unterstützung durch ehrenamtliche Studierende verdoppelt die Chance von Jugendlichen aus benachteiligten Familien, eine Berufsausbildung zu beginnen. Dieses Mentoring verbessert auch die Noten der benachteiligten Schülerinnen und Schüler in Mathematik, ihre Zukunfts- und

Arbeitsmarktorientierung. Das sind am 13. Dezember 2023 [veröffentlichte](#) Ergebnisse eines ifo-Forschungsprojekts, welches das Mentoring-Programm „Rock Your Life!“ begleitete. Drei Jahre nach Programmbeginn betrug der Anteil der benachteiligten Jugendlichen ohne Mentorin oder Mentor, die in Ausbildung waren, 27 Prozent. Die Teilnahme am Mentoringprogramm erhöhte diesen Anteil um 29 Prozentpunkte. Die Mathematik-Noten waren bei benachteiligten Schülerinnen und Schülern, die an dem Programm teilnahmen, um 0,8 Punkte besser als bei jenen ohne Mentorin oder Mentor. Gleichzeitig stieg die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit ihrer Lage um 31 Prozentpunkte.

8. Kaufkraft des Mindestlohns ist längerfristig stärker gestiegen als die der Tariflöhne

Der Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns lag seit der Einführung im Januar 2015 insgesamt deutlich über dem Aufwuchs der Tariflöhne im gleichen Zeitraum. Die Kaufkraft des Mindestlohns war im September 2023 11,6 Prozent höher als bei der Einführung im Januar 2015. Die Tariflöhne haben seitdem 3,8 Prozent an realem Wert verloren. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor, die am 11. Dezember 2023 [veröffentlicht](#) wurde.

9. Rentenversicherungsbericht 2023

2023 sind die Beitragseinnahmen der allgemeinen Rentenversicherung bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 5,4 Prozent gestiegen. Für das Jahresende 2023 wird eine Nachhaltigkeitsrücklage von rund 44,5 Milliarden Euro geschätzt. Das entspricht knapp 1,7 Monatsausgaben. Dies ist die Grundaussage der Unterrichtung der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2023 ([20/9400](#)), über welche sie am 12. Dezember [berichtete](#). In der mittleren Variante der Vorausberechnungen werde der Beitragssatz bis 2027 beim aktuellen Wert von 18,6 Prozent stabil bleiben und damit unter der bis 2025 geltenden Haltelinie von 20 Prozent liegen. Nach 18,7 Prozent 2028 steige der Beitragssatz bis 2030 auf 20,2 Prozent und bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums 2037 auf 21,1 Prozent. Die Renten werden bis 2037 um insgesamt gut 43 Prozent steigen, was einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,6 Prozent pro Jahr entsprechen würde. Das Sicherungsniveau vor Steuern läge aktuell bei rund 48,2 Prozent und werde auch bis 2024 knapp oberhalb von 48 Prozent liegen.

10. Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2022

Das Bundeskabinett beschloss am 13. Dezember 2023 den [Bericht](#) der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland 2022. Das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen im Berichtsjahr ist nach wie vor deutlich von der SARS-CoV-2-Pandemie geprägt. So weist der diesjährige Bericht einen erheblichen Anstieg der Zahl der Verdachtsanzeigen und Anerkennungen von Berufskrankheiten auf. Der Grund hierfür ist ein starker Anstieg bei den Infektionskrankheiten, zu denen auch COVID-19 zählt. 2022 ereigneten sich in Deutschland 844.284 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 21.325 weniger als im Vorjahr. Die Unfallquote je 1.000 Vollarbeiter liegt bei 19 und damit niedriger als in allen Vorjahren (inklusive der von der Pandemie mit Lockdowns und Kurzarbeit geprägten Jahre 2020 und 2021). Dies gilt auch für die Zahl der Unfallrenten, die sowohl absolut (12.165) als auch bei der Quote je 1.000 Vollarbeiter (0,27) die niedrigsten Zahlen seit Beginn der Aufzeichnung aufweisen.

11. Kritik am Klimaschutzprogramm der Bundesregierung

Das von der Bundesregierung vorgelegte Klimaschutzprogramm 2023 erfüllt nicht die Anforderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes an ein Klimaschutzprogramm. Dies geht aus einer

Unterrichtung des Expertenrats für Klimafragen hervor ([20/9605](#)), über welches die Regierung am 12. Dezember 2023 [berichtete](#). Es verbleibe trotz des umfangreichen Programms der Bundesregierung von rund 130 vorgeschlagenen eine substanzielle Zielerreichungslücke von deutlich mehr als 200 Megatonnen CO₂-Äquivalent, so der Expertenrat. Zu deren Schließung sei ein zusammenhängendes, in sich schlüssiges und konsistentes Gesamtkonzept, ein übergreifender Maßnahmenrahmen, der alle Handlungsfelder gleichermaßen und konsequent adressiert, erforderlich.

12. Aus der Ukraine Eingewanderte

Von Januar 2022 bis Juni 2023 sind laut [Mitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 13. Dezember 2023 netto rund eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland zugewandert. Der Anteil der Alleinerziehenden und deren Kinder unter den Zugewanderten aus der Ukraine ist mit 40 Prozent fünfmal höher als in der Gesamtbevölkerung (acht Prozent). Der Frauenanteil der seit 2022 aus der Ukraine eingewanderten Personen liegt bei 61 Prozent. Aus Sicht der Autorinnen und Autoren ist bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen der hohe Anteil von akademischen Bildungsabschlüssen bemerkenswert. Betrachtet man die Personen in der Haupterwerbsphase im Alter von 25 bis 59 Jahren, so hatten von den seit Beginn 2022 aus der Ukraine Eingewanderten 45 Prozent einen akademischen Berufsabschluss einer Fachhochschule oder Universität und 28 Prozent einen nicht-akademischen Berufsabschluss. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung Deutschlands hatten 27 Prozent der Personen dieser Altersgruppe einen akademischen Abschluss. Mit 52 Prozent lag der Anteil der 25- bis 59-Jährigen mit einem nicht-akademischen Abschluss in der Gesamtbevölkerung dagegen deutlich höher als bei den aus der Ukraine eingewanderten Personen. Der Anteil von Personen mit akademischem Bildungsabschluss war dabei bei den Frauen aus der Ukraine mit 48 Prozent höher als bei den Männern mit 37 Prozent. Trotz des hohen Qualifikationsniveaus war die Erwerbsbeteiligung der seit Anfang 2022 aus der Ukraine Eingewanderten deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung: In der Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren waren 19 Prozent der Eingewanderten aus der Ukraine erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote in der Gesamtbevölkerung war in dieser Altersgruppe mit 85 Prozent mehr als vier Mal so hoch.

13. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

14. Praxenkollaps – KBV startet Petition

Mit der Kampagne #Praxenkollaps kämpft die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) gegen die schlechten Bedingungen und Schwierigkeiten für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte an. Dazu hat die KBV eine Petition an den Start gebracht, die noch bis 20. Dezember 2024 läuft. Das ambulante System wird seit Jahren kaputtgespart, es fehlt massiv an Personal und der

Bürokratieaufwand wird immer größer. Mit der Petition wird gefordert, die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung zu verbessern. Derzeit steht die Sicherstellung dieser Gesundheitsversorgung in Deutschland auf dem Spiel. Die Petition kann [hier](#) unterschrieben werden.



Das BFB-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern des BFB-Freiberufler-Tickers schöne Feiertage und meldet sich am 12. Januar 2024 mit der nächsten Ausgabe.